

**Antrag 78/II/2023**

**UBV Oder-Spree, UBV Märkisch-Oderland**

**Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Annahme (Konsens)**

**Verstärkung des sozialen Wohnungsbaus im ländlichen Raum**

1 Der Landesparteitag möge be-  
2 schließen: Die Landesregierung  
3 wird aufgefordert, den sozialen  
4 Wohnungsbau auch im ländli-  
5 chen Raum deutlich zu stärken.  
6 Mit früheren „LPG-Wohnungen“  
7 stehen geeignete Wohnungsbe-  
8 stände für großflächige Sanierun-  
9 gen bereit, allerdings fehlt es den  
10 betroffenen Kommunen im gan-  
11 zen Land an Eigenmitteln. An-  
12 gesichts wachsenden Drucks auf  
13 den Wohnungsmarkt nun auch  
14 auf den ländlichen Raum und  
15 angesichts eines sich breit ma-  
16 chenden Gefühls von bedürfti-  
17 gen Menschen, gegenüber ande-  
18 ren sozial bedürftigen Gruppen  
19 benachteiligt zu werden, besteht  
20 hier hoher Handlungsbedarf.

21

**22 Begründung**

23 Der soziale Wohnungsbau und  
24 die Sanierung von Sozialwoh-  
25 nungen in Brandenburg liegen  
26 in einem Ungleichgewicht. Die  
27 Wohnungsbauprogramme sind

28 vor allem auf innerstädtische  
29 Standorte konzentriert, während  
30 ländliche Räume leer ausge-  
31 hen. Begründet wird dies damit,  
32 dass es in wachsenden Städ-  
33 ten und Regionen kaum noch  
34 Leerstände und es kaum noch  
35 mietpreisgebundenen und bele-  
36 gungsgebundenen Wohnraum  
37 gibt. Unterstützt werden sollen  
38 vor allem die Haushalte, die sich  
39 auf dem Wohnungsmarkt nicht  
40 angemessen mit Wohnraum  
41 versorgen können. Hinter dieser  
42 im Prinzip richtigen Begründung  
43 ist aber der Bedarf von einkom-  
44 mensschwachen Haushalten  
45 mit Kindern, älteren Menschen,  
46 Menschen mit Behinderungen,  
47 Personen in sozialen Notlagen  
48 sowie Studierenden und Auszu-  
49 bildenden auch im ländlichen  
50 Raum heruntergefallen. Der Be-  
51 darf an bezahlbarem Wohnraum  
52 schwappt deutlich spürbar nun  
53 auch in den ländlichen Raum und  
54 führt (gleichsam deutlich spür-  
55 bar) zu Unmut unter Betroffenen.  
56 Das Gefühl, gegenüber anderen  
57 sozial Bedürftigen benachteiligt  
58 zu werden, nimmt deutlich zu.  
59 Dem muss die Landesregierung  
60 entgegenwirken und beispiels-  
61 weise den bestehenden früheren

62 „LPG-Wohnraumbestand“ in ihre  
63 Fördermaßnahmen einbeziehen.  
64 Die betroffenen Kommunen ste-  
65 hen bereit und wollen sanieren,  
66 allerdings fehlt es an finanzieller  
67 Unterstützung. Die gestiegenen  
68 Baukosten verschärfen diese  
69 Lage.